

Das Vierer-Signal von Berlin

VON JOSEF JOFFE

Am 10. November, als die Mauer schon durchbrochen war und sich auf beiden Seiten riesige Menschenmassen in Bewegung setzten, klingelte bei den Missionschefs der Alliierten in West-Berlin das Telefon. Es meldete sich der sowjetische Gesandte aus Ost-Berlin: „Was gedenken Sie zu tun, um die Ordnung aufrechtzuerhalten?“ Derlei Fragen werden nun nicht mehr bloß am Telefon gestellt, wie die „kleine“ Viermächtekonferenz im Kontrollratsgebäude in West-Berlin gezeigt hat. Auch geht es in Wahrheit nicht bloß um die öffentliche Ordnung, sondern um einen, ja den Kern der Nachkriegsordnung, der vorweg durch die Vierer-Präsenz in Berlin symbolisiert wird.

Nicht nur die Sowjets, auch die Westmächte sehen sich unerwartet mit dem Moment der Wahrheit konfrontiert, den niemand geplant und niemand sich so schnell herbeigewünscht hat. Der Moment der Wahrheit ist nichts anderes als die Machtfrage in Berlin und Deutschland, und sie zielt unverhohlen auf den folgenden Komplex: Was sind die „originären“ Rechte der Siegermächte in Bezug auf „Deutschland als Ganzes“ noch wert, was ihre Militärpräsenz und ihre verbrieftete Souveränität über Berlin? Wenn die Bürgermeister Momper (West) und Krack (Ost) an den Alliierten vorbei über Wasser und Abwässer, Straßen und Smog verhandeln, wenn Bonn die USA vor Aufnahme des Linienfluges Frankfurt-Leipzig nur noch pro forma konsultiert (und über Kohls Zehn-Punkte-Plan überhaupt nicht) – stehen da nicht ihre originären Rechte nur noch auf dem Papier und waffenstarrende Militärverbände nur noch als Attrappen in der Landschaft?

Diese Frage, und nicht Reagans Berlin-Initiative von 1987 über den Ausbau der Stadt als Luftkreuz und Konferenz-Kapitale, hat den sowjetischen Überraschungsvorstoß motiviert, und sie erklärt auch, warum die West-Alliierten so schnell zugestimmt haben. Die kleine Viererkonferenz ist vorweg ein Signal an die Deutschen: Wir sind noch da, und bitte nicht so schnell. Oder wie es Außenminister Baker just ausgedrückt hat: Die Wiedervereinigung muß „nach und nach“ eintreten, sie muß „Teil eines Schritt-um-Schritt-Prozesses sein“, damit sie vor allem auf „friedlichem Wege“ geschehe.

Können die Vier Mächte aber wieder zu viert über „Deutschland als Ganzes“ verhandeln – so wie zum letzten Mal 1959 in Genf? Offensichtlich nicht, denn sie sind inzwischen von gleich zwei Realitäten überholt worden. Die eine galt seit Mitte der 50er Jahre, bis zum 9. November 1989: Die beiden Deutschlands hatten aufgehört, Verhandlungsobjekt zu sein; sie besetzten die Rolle des strategische Hauptpartners ihrer Vormächte; Adenauers Schreckgespenst namens „Potsdam“ (eine deutsche Lösung „auf unserem Rücken“)

wurde spätestens 1955, mit Souveränitätsgewinn und NATO-Beitritt, begraben, weil niemand „sein“ Deutschland zur Disposition stellen wollte. Seit dem 9. November kommt eine zweite Realität hinzu: Die Vier können nicht mehr über Deutschland verfügen, weil die Ereignisse ihnen davonlaufen, weil die Macht der Panzer und Paragraphen allenfalls wie im Verhältnis Ostmark zu Westmark, also mit riesigem Verlust, in politischen Einfluß umgemünzt werden kann.

Oder können sie doch? Die Russen könnten ihre Macht nur nutzen, wenn sie Schießbefehl gäben, was all ihre wohlverstandenen Interessen verbieten. Und die Westmächte? Ihre Macht in Berlin beruht nicht so sehr auf dem Papier als auf der „Zustimmung der Regierten“, wie es in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung heißt: Ihre Macht kommt von „Schutzmacht“, und sie wurde in dem Maße abgewertet, wie das sowjetische Kraftfeld um Berlin zerfiel.

Dies ist die kalkulierte Bilanz; sie ist aber nicht der Weisheit letzter Schluß. Die Bundesrepublik steckt in einem dichten Geflecht von Interessen und Verpflichtungen, die sie an den Westen binden – von Brüssel-NATO bis Brüssel-EG. Von diesem Standort hat sie enorm profitiert; nicht einmal die Darreichung des Bismarckschen Reiches auf dem Silbertablett würde dessen Gefährdung rechtfertigen. Aber auch der „Draht nach St. Petersburg“, den es laut Bismarck nie zu kappen galt, ist derzeit arg belastet, wie die immer schärferen Anti-Wiedervereinigungs-Demarchen aus Moskau zeigen.

Deshalb müßte jede wohlverstandene deutsche Interessenpolitik das Vierer-Signal von Berlin mit der gebotenen kühlen Vernunft betrachten: weder mit Weinerlichkeit („die rotten sich gegen uns zusammen“) noch mit Auftrumpfen („uns kann niemand“). Verbündete sind dazu da, konsultiert zu werden; Gegner haben das Recht, respektiert zu werden. Keinesfalls aber sollte eine Bonner oder – wenn es sie wieder gibt – Ost-Berliner Regierung, das Risiko laufen, im Spannungszustand mit allen vier zu leben. In der Trutzburg in der Mitten haben die Deutschen noch nie gut gelebt.

Die nationale Euphorie vom 9. November wird, wie jede Hochstimmung, irgendwann von den Knochenharten Wirklichkeiten eingeholt werden. Zwar liegt die Lösung der deutschen Frage längst nicht mehr in alliierten Händen, aber das bedeutet keinesfalls, daß sie schon in die deutschen übergegangen ist. Die Deutschen können auf das Wohlwollen der anderen ebenso schlecht verzichten wie die auf das Vertrauen der Ex-Besiegten. Das eine wie das andere zu bewahren, derweil die alten Gewißheiten sich tagtäglich auflösen, ist die große Herausforderung an die deutsche Staatskunst.